

No. 32725

**AUSTRIA
and
LATVIA**

**Agreement on foreign trade and economic relations. Signed at
Vienna on 25 June 1992**

Authentic texts: German and Latvian.

Registered by Austria on 25 March 1996.

**AUTRICHE
et
LETTONIE**

**Accord relatif au commerce extérieur et aux relations éco-
nomiques. Signé à Vienne le 25 juin 1992**

Textes authentiques : allemand et lettonien.

Enregistré par l'Autriche le 25 mars 1996.

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

**ABKOMMEN ZWISCHEN DER REPUBLIK ÖSTERREICH UND DER
REPUBLIK LETTLAND ÜBER DIE AUSSENHANDELS- UND
-WIRTSCHAFTSBEZIEHUNGEN**

Die Republik Österreich und die Republik Lettland, im folgenden „Vertragsparteien“ genannt, sind
 – vom Wunsche geleitet, die bestehenden bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen zu verstärken,
 – im Bestreben, den Warenaustausch und die wirtschaftliche, industrielle, technische und technisch-
 wissenschaftliche Zusammenarbeit auf der Grundlage der Gleichberechtigung und des gegenseiti-
 gen Vorteils zu fördern.

- in der Überzeugung, daß ein neues Abkommen über die Außenhandels- und -wirtschafts-
 beziehungen eine günstige Voraussetzung und geeignete Grundlage zur Weiterentwicklung der
 bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen schafft.
- im Einklang mit den in beiden Staaten geltenden Rechtsvorschriften,
- ausgehend von marktwirtschaftlichen Grundsätzen,

wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Die Vertragsparteien werden im Rahmen ihrer geltenden Rechtsvorschriften ihre bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen zwischen den Unternehmen, Organisationen, Gesellschaften und Institutionen, im folgenden „Unternehmen“ genannt, beider Staaten erleichtern und fördern.

Artikel 2

(1) Die Republik Österreich und die Republik Lettland behandeln einander nach dem Grundsatz der Meistbegünstigung hinsichtlich der Zölle und sonstigen Abgaben sowie des Erhebungsverfahrens für solche Zölle und sonstige Abgaben, die anlässlich der Einfuhr oder Ausfuhr von Waren erhoben werden.

(2) Die Vertragsparteien stimmen überein, daß die Meistbegünstigung sich insbesondere nicht auf Zugeständnisse, Vorteile oder Befreiungen bezieht, die eine der Vertragsparteien gewährt oder gewähren wird:

- a) Nachbarstaaten zur Erleichterung des Grenzverkehrs.
- b) Staaten, die mit ihr einer Zollunion oder einer Zone des freien oder präferentiellen Handels ange-
 hören, die bereits besteht oder in Zukunft geschaffen wird.
- c) Drittstaaten in Anwendung multilateraler Abmachungen, an denen die andere Vertragspartei
 nicht teilnimmt.

Artikel 3

(1) Die Vertragsparteien werden im Rahmen ihrer Möglichkeiten und der im jeweiligen Staat geltenden Rechtsvorschriften den Außenhandel und die wirtschaftliche, industrielle, technische und technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit fördern.

(2) Die Vertragsparteien stimmen überein,

- a) daß insbesondere in folgenden Bereichen gute Kooperationsmöglichkeiten gegeben sind:
 - Gründung von Gemeinschaftsunternehmen und Investitionen in den Bereichen Produktion, Handel und Dienstleistungen,
 - Förderung von Technologietransfer und Know-how-Ausbau einschließlich angewandter For-
 schung,
 - Land- und Forstwirtschaft einschließlich Landschaftsschutz,
 - Verarbeitung und Lagerung landwirtschaftlicher Produkte, Lebensmittelindustrie,
 - landwirtschaftliche Maschinen und Ausrüstungen,

- Revitalisierung, Modernisierung, Ausbau, Automation bestehender Anlagen,
 - Papier- und Zellstoffindustrie,
 - Baustoffindustrie,
 - pharmazeutische, medizinische und chemische Industrie,
 - holzbe- und -verarbeitende Industrie, Möbelindustrie,
 - Fahrzeug- und Maschinenindustrie,
 - Elektro- und Elektronikindustrie,
 - Berufsausbildung und Managementschulung,
 - Organisation und Durchführung von Messen, Ausstellungen, Seminaren, Austausch von Wirtschaftsmissionen und Experten.
- b) daß die Projekte grundsätzlich nach den höchsten jeweils verfügbaren Standards der Umwelttechnologien verwirklicht werden sollen.
- (3) Die Vertragsparteien werden im Bewußtsein der Notwendigkeit der Verwirklichung wirtschaftlich vernünftiger und ökologisch vertretbarer Infrastruktursysteme höchstes Interesse der Zusammenarbeit in folgenden Bereichen widmen:
- Energie,
 - Schifffahrt,
 - Hafenwirtschaft,
 - Eisenbahn,
 - Luftfahrt,
 - Telekommunikation,
 - Wasserwirtschaft,
 - Recycling und Abfallverwertung.

Artikel 4

Die Vertragsparteien stimmen überein, daß der Tourismus zur Vertiefung der bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen beitragen kann.

(1) Im Rahmen der im jeweiligen Staat geltenden Rechtsvorschriften und auf Grundlage der Empfehlungen der Konferenz der Vereinten Nationen über den Fremdenverkehr und die internationalen Reisen, Rom 1963, und der „Tourismus-Charta und Touristen-Code“, Sofia 1985, werden beide Vertragsparteien den Tourismus fördern.

(2) Die wirtschaftliche, industrielle, technische und technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit bei Entwicklung und Durchführung von Tourismusprojekten sowie der entsprechenden Infrastruktur soll nach den Grundsätzen des Umweltschutzes und des qualitativen Tourismus erfolgen.

Artikel 5

Der Zahlungsverkehr zwischen der Republik Österreich und der Republik Lettland erfolgt in Übereinstimmung mit den in jedem der beiden Staaten jeweils in Kraft stehenden Rechtsvorschriften in frei konvertierbarer Währung.

Artikel 6

(1) Der Warenaustausch und die wirtschaftliche, industrielle, technische und technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit im Rahmen dieses Abkommens werden auf kommerzieller Grundlage durchgeführt.

(2) Der Handel zwischen den Unternehmen beider Staaten erfolgt zu marktgerechten Preisen.

(3) Im Rahmen der im jeweiligen Staat geltenden Rechtsvorschriften können die Unternehmen beider Vertragsparteien zur Erhöhung des Warenaustausches und zur Erweiterung der Warenvielfalt in jeder beliebigen Form, wie beispielsweise Barter- und Countertrading, Handel entsprechend den internationalen Handelsgebräuchen treiben.

Artikel 7

(1) Die Vertragsparteien nehmen Konsultationen auf, sobald eine Ware im Handel zwischen den Vertragsparteien in solchen Mengen oder zu solchen Preisen oder unter solchen Bedingungen eingeführt wird, daß den inländischen Herstellern gleichartiger oder unmittelbar konkurrierender Waren eine schwerwiegende Schädigung verursacht wird oder verursacht zu werden droht. Darüber ist die andere Vertragspartei unverzüglich und schriftlich in Kenntnis zu setzen.

(2) Stellen die Vertragsparteien in diesen Konsultationen einvernehmlich fest, daß eine im Abs. 1 genannte Situation besteht, so werden die Ausfuhren beschränkt oder andere Maßnahmen wie beispielsweise spezielle Vereinbarungen getroffen, um eine Schädigung zu verhüten oder zu beseitigen.

(3) Erzielen die Vertragsparteien keine Einigung, so steht es der Vertragspartei, welche die Konsultationen beantragt hat, frei, die Einführen der betreffenden Waren soweit und so lange zu beschränken, wie dies zur Verhütung oder Beseitigung der Schädigung erforderlich ist. Der anderen Vertragspartei steht es dann frei, von ihren Verpflichtungen gegenüber der ersten Vertragspartei für ein im wesentlichen gleichwertiges Handelsvolumen abzuweichen.

(4) In Fällen, in denen ein Aufschub einen schwerwiegenden Schaden verursachen würde, können vorläufige Maßnahmen ohne vorherige Konsultationen getroffen werden. In diesem Fall setzt jene Vertragspartei, die die vorläufigen Maßnahmen ergriffen hat, die andere Vertragspartei davon unverzüglich und schriftlich in Kenntnis. Danach sind sofort Konsultationen aufzunehmen.

(5) Bei der Auswahl von Maßnahmen nach diesem Artikel bevorzugen die Vertragsparteien Maßnahmen, die das Weiterfunktionieren dieses Abkommens am wenigsten beeinträchtigen.

Artikel 8

Die Vertragsparteien erkennen die Nützlichkeit und Notwendigkeit einer stärkeren Beteiligung kleiner und mittlerer Unternehmen an den Außenhandels- und -wirtschaftsbeziehungen an.

Artikel 9

(1) Die Vertragsparteien empfehlen den Unternehmen zur Streitbeilegung primär freundschaftliche Lösungen im beiderseitigen Einvernehmen.

(2) Im Rahmen der geltenden Rechtsvorschriften

- fördern die Vertragsparteien die Regelung von Streitfragen zwischen Unternehmen im Zusammenhang mit Handels- und Kooperationsgeschäften sowie bei der Gründung von Gemeinschaftsunternehmen und Investitionen der Vertragsparteien durch Schiedsgerichte.
- fördern die Vertragsparteien die Anwendung der von der Kommission der Vereinten Nationen für internationales Handelsrecht (UNCITRAL) ausgearbeiteten Schiedsregeln und die Einschaltung eines Schiedsgerichts eines Unterzeichnerstaates des 1958 in New York geschlossenen Übereinkommens über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche

Artikel 10

Änderungen oder der Ablauf der Gültigkeit des vorliegenden Abkommens haben keinen Einfluß auf die Abwicklung der zwischen den Unternehmen der beiden Staaten vorher abgeschlossenen Verträge.

Artikel 11

(1) Mit dem vorliegenden Abkommen wird eine „Gemischte Kommission“ errichtet, welche – zumindest jährlich – auf Wunsch einer der beiden Vertragsparteien abwechselnd nach Österreich oder Lettland einberufen wird.

(2) Zu den Aufgaben dieser Gemischten Kommission gehören insbesondere:

- Prüfung der Entwicklung der bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen.
- Erschließung neuer Möglichkeiten sowie Vorschläge zur Förderung und zukünftigen wirtschaftlichen Zusammenarbeit.

- Vorschläge zur Verbesserung der Bedingungen des Außenhandels und der wirtschaftlichen, industriellen, technischen und technisch-wissenschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den Unternehmen beider Staaten.

Artikel 12

(1) Mit Rechtswirksamkeit der Teilnahme einer Vertragspartei oder beider Vertragsparteien am Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) oder des Beitritts zu den Europäischen Gemeinschaften (EG) oder einer dieser nachfolgenden Organisation sind die Vertragsparteien durch dieses Abkommen insofern nicht gebunden, als dies mit dem sich dadurch ergebenden Rechtsbestand unvereinbar ist.

(2) In diesem Fall werden die Vertragsparteien gemeinsam die weitergeltenden Bestimmungen des vorliegenden Abkommens feststellen.

Artikel 13

(1) Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsparteien über die Anwendung oder Auslegung des vorliegenden Abkommens sollen im Rahmen der im Artikel 11 genannten Gemischten Kommission beigelegt werden.

(2) Kann eine Meinungsverschiedenheit gemäß Abs. 1 innerhalb von sechs Monaten nicht beigelegt werden, so wird sie auf Verlangen einer der beiden Vertragsparteien einem Schiedsgericht unterbreitet.

Artikel 14

(1) Dieses Abkommen tritt mit dem ersten Tag des dritten Monats in Kraft, der auf den Monat folgt, in dem die Vertragsparteien einander mitgeteilt haben, daß die in ihrer jeweiligen Verfassung vorgesehnen Voraussetzungen für das Inkrafttreten dieses Abkommens erfüllt sind.

(2) Dieses Abkommen wird für die Dauer von einem Jahr abgeschlossen und verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn es nicht drei Monate vor Ablauf seiner Gültigkeit von einer der beiden Vertragsparteien schriftlich auf diplomatischem Wege gekündigt wird.

(3) Mit Inkrafttreten dieses Abkommens verliert der Handels- und Schifffahrtsvertrag zwischen der Republik Österreich und der Republik Lettland vom 9. August 1924 seine Wirksamkeit.

GESCHEHEN zu Wien, am 25. Juni 1992, in zwei Urschriften, jeweils in deutscher und lettischer Sprache, wobei beide Texte in gleicher Weise authentisch sind.

Für die Republik
Österreich:

WOLFGANG SCHÜSSEL

Für die Republik
Lettland:

EDGAR ZUSAJEVS

[LATVIAN TEXT — TEXTE LETTONIEN]

**AUSTRIJAS REPUBLIKAS VALDĪBAS UN LATVIJAS REPUBLIKAS
VALDĪBAS NOLĪGUMS PAR ĀRĒJO TIRDZNIECĪBU UN EKO-
NOMISKAJIEM SAKARIEM**

Austrijas Republika un Latvijas Republika (tālāk tekstā — "Līgumslēdzējas Puses"), vēloties nostiprināt pastāvošās abpusējās ekonomiskās attiecības, vēloties veicināt uz vienlīdzības un abpusēja izdevīguma pamata preču tirdzniecību, ekonomisko, rūpniecības, tehnisko un zinātniski tehnisko sadarbību, pārliecībā, ka jauns līgums par ārējo tirdzniecību un ekonomiskajiem sakariem radīs labvēlīgus priekšnoteikumus un piemērotu pamatu abpusēju ārējo ekonomisko sakaru tālākai attīstībai, saskaņā ar abās valstis spēkā esošo likumdošanu, ievērojot tirgus ekonomikas principus, vienojas par sekojošo:

1. pants

Līgumslēdzējas Puses saskaņā ar katrā valstī spēkā esošo likumdošanu atvieglos un veicinās abpusējus ārējos ekonomiskos sakarus starp abu valstu uzņēmumiem, organizācijām, sabiedrībām un institūcijām (tālāk tekstā — "uzņēmumi").

2. pants

1. Austrijas Republika un Latvijas Republika piešķir viena otrai vislielākās labvēlības režīmu attiecībā uz muitas tarifiem un citām nodevām, kas jāmaksā, ievedot vai izvedot preces.

2. Līgumslēdzējas Puses piekrīt, ka vislielākās labvēlības režīms īpaši neattieksies uz tām priekšrocībām vai atvieglojumiem, kurus piešķir vai piešķirs viena no Līgumslēdzējām Pusēm:

- a) kaimiņvalstīm, lai atvieglotu pierobežas tirdzniecību;
- b) valstīm, kuras ar Līgumslēdzēju Pusi veido jau esošu vai veidos nākotnē dibināmu muitas savienību, brīvās tirdzniecības vai preferenciālās tirdzniecības zonu;
- c) trešajām valstīm daudzpusēju vienošanos piemērošanas gadījumā, kurās otra Līgumslēdzēja Puse neņem dalību.

3. pants

1. Līgumslēdzējas Puses saskaņā ar katrā valstī spēkā esošo likumdošanu savu iespēju robežas sekmēs ārējo tirdzniecību, ekonomisko, rūpniecības, tehnisko un zinātniski tehnisko sadarbību.

2. Līgumslēdzējas Puses ir vienisprātis, ka:

a) sadarbības iespējas ir īpaši šādās sfērās:

- Austrijas un Latvijas kopuzņēmumu dibināšana, kapitālieguldījumi ražošanā, tirdzniecībā un pakalpojumu sfērā;

- dažādu tehnoloģiju apmaiņas sekmēšana un "know-how" veidošana, arī praktiskā izpēte;

- lauksaimniecība un mežsaimniecība, arī apkārtējās vides aizsardzība;

- pārtikas rūpniecība, lauksaimniecības produktu pārstrādāšana un uzglabāšana;

- lauksaimniecības mašīnas un iekārtas;

- esošo iekārtu atjaunošana, modernizācija un automatizācija;

- papīra un celulozes rūpniecība;

- būvmateriālu rūpniecība;

- farmaceitiskā, medicīniskā un ķīmiskā rūpniecība;

- kokapstrādes, pārstrādes un mēbeļu rūpniecība;

- automobiļu rūpniecība un mašīnrūpniecība;

- elektro rūpniecība un elektroniskā rūpniecība;

- profesionālā apmācība un menedžmenta izglītība;

- gadatirgu, izstāžu un semināru organizēšana, apmaiņa ar ekonomikas ekspertiem;

b) projekti jāīsteno saskaņā ar katras valsts visaugstākajiem apkārtējās vides aizsardzības tehnoloģijas kritērijiem.

3. Apzinoties ekonomiski saprātīgas un ekoloģiski attaisnojamās infrastruktūras sekmēšanas nepieciešamību, Līgumslēdzējas Puses vislielāko interesī veltīs šādām sfērām:

- enerģētika;

- kuģniecība;

- ostu saimniecība;

- dzelzceļa transports;

- gaisa transports;

- telekomunikācijas;

- ūdens uņ kanalizācijas saimniecība;

- otrreizējo izejvielu un atkritumu pārstrāde.

4. pants

Līgumslēdzējas Puses piekrīt, ka tūrisms var dot ieguldījumu abpusēju ārējo ekonomisko sakaru padziļināšanā.

1. Līgumslēdzējas Puses veicinās tūrismu katras valsts spēkā esošās likumdošanas ietvaros, pamatojoties uz ANO konferences par tūrismu un starptautiskajiem ceļojumiem (Roma 1963) un Tūrisma bartas un Tūrisma kodeksa (Sofija 1985) ieteikumiem.

2. Ekonomiskajai, rūpniecības, tehniskajai un zinātniski tehniskajai darbībai tūrisma attīstības projektu jomā, kā arī atbilstošas infrastruktūras izveidei jāpamatojas uz dabas aizsardzības un kvalitatīva tūrisma principiem.

5. pants

Norēķini starp Austrijas Republiku un Latvijas Republiku notiek brīvi konvertējamā valūtā saskaņā ar katrā valstī spēkā esošo likumdošanu.

6. pants

1. Preču tirdzniecība un ekonomiskā, rūpnieciskā, tehniskā un zinātniski tehniskā sadarbība šī līguma ietvaros notiek uz komerciāliem pamatiem.

2. Tirdzniecība starp abu valstu uzņēmumiem notiek pēc tirgus cenām.

3. Katras valsts likumdošanas ietvaros abu Līgumslēdzēju Pušu uzņēmumi, lai palielinātu preču tirdzniecību un paplašinātu to daudzveidību, saskaņā ar starptautiskajām tirdzniecības tradīcijām, var nodarboties ar visa veida tirdzniecību, piemēram, ar bartera un apmaiņas tirdzniecību.

7. pants

1. Līgumslēdzējas Puses uzsāk konsultācijas, tiklīdz Līgumslēdzēju Pušu iekšējā tirgū tiek ievesta prece tādā daudzumā, par tādām cenām vai ar tādiem nosacījumiem, kas vietējiem ražotājiem, kuri ražo līdzīga veida vai tieši konkurējošu produkciju, izraisa vai draud izraisīt nopietnus zaudējumus. Par šādu faktu vienai Līgumslēdzējai Pusei nekavējoties rakstiski jāinformē otra Puse.

2. Ja Līgumslēdzējas Puses šajās konsultācijās konstatē, ka radusies šī panta 1. punktā minētā situācija, tūlīt tiek ierobežots eksports vai tiek veikti citi pasākumi, piemēram, speciālas vienošanās, lai aizkavētu vai novērstu zaudējumus.

3. Ja Līgumslēdzējas Puses nepanāk vienošanos, tad tai Līgumslēdzējai Pusei, kura ierosinājis konsultācijas, ir atļauts ierobežot attiecīgās produkcijas importu noteiktā daudzumā un tik ilgi, cik ilgi tas ir nepieciešams zaudējumu aizkavēšanai vai novēršanai. Otrais Līgumslēdzējai Pusei savukārt ir atļauts atteikties pildīt savas saistības pret pirmo Līgumslēdzēju Pusi attiecībā uz ekvivalentu preču daudzumu.

4. Gadījumos, kad konsultāciju aizkavēšanās var izraisīt nopietnus zaudējumus, var tikt veikti pagaidu pasākumi bez iepriekšējām konsultācijām. Tomēr šādā gadījumā tai Līgumslēdzējai Pusei, kura veica augstākminētos pasākumus, nekavējoties rakstiski jāinformē otrs Līgumslēdzēja Puse, bet pēc tam tūlit ir jāuzsāk konsultācijas.

5. Izvēloties pasākumus šai pantā minēto situāciju noregulēšanai, Līgumslēdzējas Puses dod priekšroku tādiem pasākumiem, kuri vismazāk ietekmētu šī līguma tālāku funkcionēšanu.

8. pants

Līgumslēdzējas Puses atzīst mazu un vidēju uzņēmumu intensīvākas līdzdalības derīgumu un nepieciešamību ārējās tirdzniecības un ekonomiskajos sakaros.

9. pants

1. Strīdīgu jautājumu noregulēšanai Līgumslēdzējas Puses, abpusēji vienojoties, iesaka uzņēmumiem rast risinājumu sarunu ceļā.

2. Spēkā esošās likumdošanas ietvaros:

- Līgumslēdzējas Puses sekmēs, lai strīdīgie jautājumi, kas radušies sakarā ar tirdzniecības un kooperācijas darījumiem, kā arī sakarā ar kopuzņēmumu dibināšanu un kapitālieguldījumiem starp Līgumslēdzēju Pušu uzņēmumiem, tiktu noregulēti arbitrāzas tiesā;

- Līgumslēdzējas Puses sekmēs ANO starptautiskās tirdzniecības likumdošanas komisijas (UNCITRAL) izstrādāto šķirējtiesas noteikumu pielietojumu un 1958. gada Nujorkas konvencijas par ārvalstu arbitrāzas tiesu spriedumu izpildīšanu un atzišanu.

10. pants

Izmaiņas šajā nolīgumā vai šī nolīguma darbības izbeigšana neietekmē pirms tam starp abu valstu uzņēmumiem noslēgtos līgumus.

11. pants

1. Saskaņā ar šo nolīgumu tiek izveidota apvienotā komisija, kuras sēdes pēc vienas no abu Līgumslēdzēju Pušu vēlēšanās pēc kārtas, ne retāk kā reizi gadā notiek Austrijā vai Latvijā.

2. Apvienotās komisijas uzdevumos ietilpst:

- pārraudzīt abpusējo ārējo ekonomisko sakaru attīstību;
- apgūt jaunas iespējas, kā arī sagatavot priekšlikumus par ekonomiskās sadarbības sekmēšanu nākotnē;
- sagatavot priekšlikumus par abu valstu uzņēmumu ārējās tirdzniecības, ekonomikas, rūpniecības, tehnikas un zinātniski tehniskās sadarbības priekšnosacījumu uzlabošanu.

12. pants

1. Gadījumā, ja viena Līgumslēdzēja Puse piedalās Eiropas ekonomiskajā zonā vai iestājas Eiropas koptirgū vai tai līdzīgā organizācijā, Līgumslēdzējām Pusēm šis nolīgums nav saistošs tiktāl, ciktāl šajā nolīgumā minētās normas ir pretrunā ar šo organizāciju darbību reglamentējošiem dokumentiem.

2. Ja ir šādi apstākļi, Līgumslēdzējas Puses kopīgi noteiks šī nolīguma normu turpmāko darbību.

13. pants

1. Līgumslēdzējas Puses vienojas, ka strīdīgie jautājumi starp Līgumslēdzējām Pusēm par šī nolīguma iztulkošanu vai piemērošanu jārisina sarunu ceļā šī nolīguma 11. pantā minētās apvienotās komisijas ietvaros.

2. Ja strīdīgie jautājumi saskaņā ar šī panta 1. punktu nevar tikt atrisināti sešu mēnešu laikā, tad tie pēc vienas no Līgumslēdzēju Pušu pieprasījuma ir jānodod izskatīšanai arbitrāžas tiesā.

14. pants

1. Šis nolīgums stājas spēkā trešā mēneša pirmajā dienā, kas seko pēc mēneša, kad Līgumslēdzējas Puses viena otrai paziņojušas, ka valstu konstitucionālie priekšnoteikumi, lai šis nolīgums stātos spēkā, ir izpildīti.

2. Šis nolīgums tiek noslēgts uz vienu gadu un turpmāk ikreiz tiek pagarināts uz vienu gadu, ja viena no Līgumslēdzējām Pusēm trīs mēnešus pirms šī nolīguma termiņa notecešanas rakstiski pa diplomātiskajiem kanāliem nepaziņo par tā izbeigšanu.

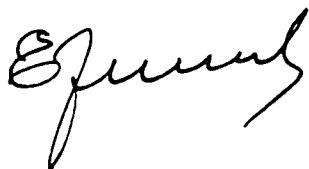
3. Līdz ar šī noliguma spēkā stāšanos spēku zaudē 1924. gada 9. augusta tirdzniecības un kuģniecības līgums starp Austrijas Republiku un Latvijas Republiku.

Parakstīts 199². gada 25. jūnijā divos oriģināleksemplāros, katrs vācu un latviešu valodā, abi teksti ir autentiski, un tiem ir vienāds spēks.

Austrijas Republikas Valdības
vārdā :



Latvijas Republikas Valdības
vārdā :



[TRANSLATION — TRADUCTION]

AGREEMENT¹ BETWEEN THE REPUBLIC OF AUSTRIA AND THE REPUBLIC OF LATVIA ON FOREIGN TRADE AND ECONOMIC RELATIONS

The Republic of Austria and the Republic of Latvia, hereinafter called the "Contracting Parties",

Desiring to strengthen bilateral foreign economic relations,

Desiring to promote exchanges of goods and economic, industrial, technical and technological cooperation on the basis of equal rights and mutual advantage,

Convinced that a new agreement on foreign trade and economic relations creates favourable conditions and an appropriate basis for the further development of bilateral foreign economic relations,

In harmony with the laws in force in the two States,

On the basis of market economy principles,

Have agreed as follows:

Article 1

The Contracting Parties shall, in the context of the laws in force in the two countries, facilitate and promote their bilateral foreign trade relations between enterprises, organizations, companies and institutions, hereinafter called "enterprises", of the two States.

Article 2

(1) The Republic of Austria and the Republic of Latvia shall accord each other most-favoured-nation treatment with respect to customs and other duties and the procedures for exemption from such customs and other duties applicable to the import or export of goods.

(2) The Contracting Parties agree that most-favoured-nation status shall specifically not apply to any favour, advantage or immunity which one of the Contracting Parties grants or will grant:

(a) To neighbouring States to facilitate frontier traffic,

(b) To States that are fellow members with a customs union or a free or preferential trade area that already exists or may be established in the future,

(c) To third States in pursuance of multilateral conventions to which the other Contracting Party is not a party.

¹ Came into force on 1 February 1996, i.e., the first day of the third month following the month in which the Contracting Parties had informed each other (on 23 and 27 November 1995) of the completion of the required constitutional procedures, in accordance with article 14 (1).

Article 3

(1) The Contracting Parties shall, insofar as they are able and in accordance with the legislative provisions in force in the two States, promote foreign trade and economic, industrial, technical and technological cooperation.

(2) The Contracting Parties agree:

(a) That good possibilities for cooperation exist in particular in the following fields:

- The establishment of joint enterprises and investments in production, trade and services,
- Encouragement of the transfer of technology and increased know-how including applied research,
- Agriculture and forestry including landscape protection,
- Processing and storage of agricultural products, food industry,
- Agricultural machinery and equipment,
- Revitalization, modernization, expansion and automation of existing installations,
- Paper and cellulose industry,
- Construction materials industry,
- Pharmaceutical, medical and chemical industry,
- Wood finishing and processing industry, furniture industry,
- Automobile and machine industry,
- Electric and electronic industry,
- Vocational and management training,
- Organization and operation of fairs, exhibitions, seminars, exchanges of economic missions and experts.

(b) That the projects will be carried out in accordance with the best prevailing standards of environmental technology.

(3) The Contracting Parties shall attach the greatest interest to cooperation in the following fields, bearing in mind the need to establish economically viable and ecologically sound infrastructure systems:

- Energy,
- Shipping,
- Port operations,
- Railways,
- Air transport,
- Telecommunications,
- Water supply and distribution,
- Recycling and waste utilization.

Article 4

The Contracting Parties agree that tourism can contribute to the deepening of bilateral foreign trade relations.

(1) Within the framework of the legislation in force in each State and on the basis of the recommendations of the United Nations Conference on International Travel and Tourism, held in Rome in 1963, and the "Tourism Bill of Rights and Tourist Code", adopted in Sophia in 1985, the two Contracting Parties shall promote tourism.

(2) The economic, industrial, technical and technological cooperation in the development and implementation of tourist projects and related infrastructure shall be carried out in accordance with the principles of environmental protection and quality tourism.

Article 5

Payments between the Republic of Austria and the Republic of Latvia shall be made in accordance with the legislation in force each of the two States in freely convertible currency.

Article 6

(1) The exchanges of goods and the economic, industrial, technical and technological cooperation under this Agreement shall be carried out on a commercial basis.

(2) Trade between enterprises of the two States shall be conducted on the basis of market prices.

(3) Within the framework of the legislation in force in each State, the enterprises of the two Contracting Parties may engage in transactions for the purpose of increasing the exchanges of goods and broadening the variety of goods in any form they desire, such as, for example, barter and counter-trading, in accordance with international trading practices.

Article 7

(1) The Contracting Parties shall enter into consultations as soon as any product imported in trade between the two States in such quantities, at such prices or under such conditions as may result in serious danger or the risk of serious damage to a domestic producer of a similar or directly competing product. The other Contracting Party shall be informed immediately in writing of the existence of such a situation.

(2) When, as a result of such consultations, the Contracting Parties agree that a situation of the kind referred to in paragraph 1 exists, exports shall be restricted or other measures, such as, for example, special agreements, shall be adopted to avert or eliminate the damage.

(3) If the Contracting Parties are unable to reach agreement, the Contracting Party which requested the consultations shall be free to restrict the import of the product in question to the extent and for the duration necessary to avert or eliminate the damage. The other Contracting Party shall then be free to derogate from its obligations to the first Contracting Party for a substantially equivalent volume of trade.

(4) In cases where delay would cause serious damage, temporary measures may be taken without preliminary consultations; contributions must be initiated immediately afterwards.

(5) In choosing measures pursuant to this article, the Contracting Parties shall give preference to measures that least impair the continued functioning of this Agreement.

Article 8

The Contracting Parties acknowledge the usefulness and necessity of increased participation by small and medium-sized enterprises in foreign trade and economic relations.

Article 9

(1) The Contracting Parties recommend to enterprises that any disputes should initially be settled amicably and by mutual agreement.

(2) Within the framework of the legislation in force:

- The Contracting Parties shall encourage the settlement of disputes between enterprises regarding commercial and cooperation activities and in connection with the establishment of joint enterprises and investments through arbitration bodies;
- The Contracting Parties shall promote the application of the Arbitration Rules prepared by the United Nations Commission on International Trade Law (UNCITRAL) and recourse to an arbitration body in a State signatory to the Convention on the Recognition and Enforcement of Foreign Arbitral Awards signed in New York in 1958.¹

Article 10

Amendments to this Agreement or its expiry shall in no way affect the execution of contracts signed previously by enterprises from the two States.

Article 11

(1) A "Joint Commission" shall be established concurrently with this Agreement which shall meet at least once a year at the request of either Contracting Party alternately in Austria and Latvia.

(2) The tasks of the Joint Commission shall include, *inter alia*:

- Examining the development of bilateral foreign trade relations;
- Development of new possibilities and proposals for the promotion of future economic cooperation;
- Proposals for improving the conditions of foreign trade and economic, industrial, technical and technological cooperation between enterprises of the two States.

Article 12

(1) On the entry into force of participation by one or both of the Contracting Parties in the European Economic Area (EEA) or of accession to the European Communities (EC) or a successor organization, the Contracting Parties shall not be

¹ United Nations, *Treaty Series*, vol. 330, p. 3.

bound by this Agreement to the extent that it is incompatible with the legal situation arising out of such participation or membership.

(2) In such a case the Contracting Parties shall decide jointly which provisions of this Agreement remain in effect.

Article 13

(1) Disputes between the Contracting Parties concerning the application or interpretation of this Agreement shall be settled within the framework of the Joint Commission established pursuant to article 11.

(2) If such a dispute cannot be settled within six months, it shall at the request of one of the Contracting Parties be submitted to an arbitration body.

Article 14

(1) This Agreement shall enter into force on the first day of the third month following the month in which the Contracting Parties have notified one another that their respective domestic requirements for bringing this Agreement into force have been completed.

(2) This Agreement shall be concluded for a period of one year and shall be extended for further periods of one year unless it has been terminated in writing by one of the two Contracting Parties through the diplomatic channel.

(3) With the entry into force of this Agreement, the Trade and Navigation Agreement between the Republic of Austria and the Republic of Latvia of 9 August 1924 shall cease to have effect.

DONE at Vienna on 25 June 1992, in duplicate, in the German and Latvian languages, both texts being equally authentic.

For the Republic
of Austria:

WOLFGANG SCHÜSSEL

For the Republic
of Latvia:

EDGAR ZUSAJEVS

[TRADUCTION — TRANSLATION]

ACCORD¹ ENTRE LA RÉPUBLIQUE D'AUTRICHE ET LA RÉPUBLIQUE DE LETTONIE RELATIF AU COMMERCE EXTÉRIEUR ET AUX RELATIONS ÉCONOMIQUES

La République d'Autriche et la République de Lettonie, ci-après dénommées « les Parties contractantes »,

Animées du désir de renforcer les relations économiques extérieures bilatérales existantes,

Résolues à promouvoir l'échange de marchandises ainsi que la coopération économique, industrielle, technique et technico-scientifique, sur la base de l'égalité des droits et de l'avantage mutuel,

Convaincues qu'un nouvel accord relatif au commerce extérieur et aux relations commerciales créera des conditions favorables et une base appropriée pour le développement ultérieur des relations économiques extérieures bilatérales,

Conformément aux dispositions légales en vigueur dans les deux Etats,

S'appuyant sur les principes fondamentaux de l'économie de marché,

Sont convenues de ce qui suit :

Article premier

Dans le cadre de leurs dispositions législatives en vigueur, les Parties contractantes facilitent et favorisent leurs relations économiques extérieures bilatérales entre les entreprises, organisations, sociétés et institutions des deux Etats, ci-après dénommées « entreprises ».

Article 2

1. La République d'Autriche et la République de Lettonie s'accorderont mutuellement un traitement conforme au principe de la nation la plus favorisée en ce qui concerne les droits de douane et autres droits ainsi que les modalités de perception de ces droits de douane et autres droits, perçus à l'occasion de l'importation ou de l'exportation de marchandises.

2. Les Parties contractantes sont convenues que le statut de la nation la plus favorisée ne s'applique pas aux facilités, avantages ou exonérations qui sont ou seront accordés par l'une des Parties contractantes à :

a) Des Etats voisins pour faciliter le trafic frontalier;

b) Des Etats appartenant à une union douanière ou à une zone de libre échange ou d'échanges préférentiels qui existe déjà ou qui sera ultérieurement créée;

c) Des Etats tiers en application d'ententes multilatérales auxquelles l'autre Partie contractante n'est pas partie.

¹ Entré en vigueur le 1^{er} février 1996, soit le premier jour du troisième mois ayant suivi le mois au cours duquel les Parties contractantes s'étaient informées (les 23 et 27 novembre 1995) de l'accomplissement des procédures constitutionnelles requises, conformément au paragraphe 1 de l'article 14.

Article 3

1. Les Parties contractantes soutiennent, dans la mesure de leurs possibilités et aux dispositions légales en vigueur dans l'Etat considéré, le commerce extérieur et la coopération dans les domaines économique, industriel, technique et technico-scientifique.

2. Les Parties contractantes sont convenues :

a) Qu'il existe de bonnes possibilités de coopération particulièrement dans les domaines suivants :

- Création d'entreprises communes et d'investissements dans les secteurs de la production, du commerce et des services,
- Soutien au transfert de technologie et au développement des connaissances techniques, y compris de la recherche appliquée,
- Agriculture et foresterie, y compris protection du paysage,
- Transformation et entreposage de produits agricoles, industries agro-alimentaires,
- Machines et matériel agricole,
- Remise en état, modernisation, agrandissement, automation des installations existantes,
- Industrie du papier et de la cellulose,
- Industrie des matériaux de construction,
- Industrie pharmaceutique, médicale et chimique,
- Industrie du bois et de la transformation du bois,
- Industrie de l'ameublement,
- Industrie automobile et mécanique,
- Industrie électrique et électronique,
- Formation professionnelle et formation de cadres,
- Organisation et tenue de foires, expositions, séminaires, échange de missions commerciales et d'experts;

b) Que les projets doivent être mis en œuvre en principe selon les normes de protection de l'environnement les plus élevées existant dans chaque cas.

3. Conscientes de la nécessité de créer des systèmes d'infrastructure plus adaptés sur le plan économique et plus défendables sur le plan écologique, les Parties contractantes accorderont le plus grand intérêt dans leur coopération aux domaines suivants :

- Energie,
- Navigation,
- Economie portuaire,
- Chemins de fer,
- Navigation aérienne,
- Télécommunications,

- Gestion des eaux,
- Recyclage et transformation des déchets.

Article 4

Les Parties contractantes conviennent que le tourisme peut contribuer à un approfondissement des relations commerciales extérieures bilatérales.

1. Dans le cadre des dispositions légales en vigueur dans l'Etat considéré et sur la base des recommandations de la Conférence des Nations Unies sur le tourisme et les voyages internationaux (Rome, 1963) et de la « Charge du tourisme et Code du Tourisme » (Sofia, 1985), les deux Parties contractantes encourageront le tourisme.

2. La coopération économique, industrielle, technique et technico-scientifique, pour l'étude et l'exécution des projets relatifs au tourisme ainsi que de l'infrastructure correspondante, suit les principes de la protection de l'environnement et de la qualité du tourisme.

Article 5

Les transferts de paiements entre la République d'Autriche et la République de Lettonie ont lieu conformément à la législation des changes en vigueur dans chaque Etat, en devises librement convertibles.

Article 6

1. L'échange de marchandises et la coopération économique, industrielle, technique et technico-scientifique dans le cadre du présent Accord s'effectue sur une base commerciale.

2. Le commerce entre les entreprises des deux Etats s'effectue aux prix du marché.

3. Conformément à la législation en vigueur de l'Etat considéré, les entreprises des deux Parties contractantes peuvent commercer sous toutes les formes, par exemple, par du troc ou des échanges compensés, selon les usages commerciaux internationaux pour accroître l'échange des marchandises et élargir leur gamme.

Article 7

1. Les Parties contractantes entament des consultations dès que, dans le commerce entre elles, une marchandise est importée dans des quantités, à des prix ou dans des conditions tels qu'il en résulte ou qu'il risque d'en résulter un préjudice grave pour les producteurs nationaux de marchandises de même nature ou immédiatement concurrentes. L'autre Partie en est informée immédiatement par écrit.

2. Si, au cours de ces consultations, les Parties contractantes constatent d'un commun accord qu'il existe bien une situation prévue au paragraphe 1 du présent article, les exportations sont limitées ou d'autres mesures, par exemple des arrangements spéciaux, sont prises pour éviter ou éliminer un tel préjudice.

3. En l'absence d'accord entre les Parties contractantes, la Partie qui a demandé les consultations a le droit d'apporter des restrictions aux importations des marchandises en question autant et aussi longtemps qu'il le faut pour empêcher ou éliminer le préjudice. L'autre Partie contractante a alors le droit de ne pas respecter

ses obligations envers l'autre Partie contractante pour un volume commercial de valeur sensiblement égale.

4. Dans les cas où un retard serait de nature à causer un dommage grave, des mesures provisoires peuvent être prises sans consultations préalables. En pareil cas, la Partie contractante qui prend les mesures provisoires en informe immédiatement l'autre Partie par écrit. Des consultations sont engagées aussitôt.

5. Dans le choix des mesures à prendre en application du présent article, les Parties contractantes donnent la préférence à celles qui, de par leur nature, risquent le moins de gêner l'application du présent Accord.

Article 8

Les Parties contractantes reconnaissent qu'il est utile et nécessaire que les petites et moyennes entreprises participent davantage aux relations commerciales et économiques extérieures.

Article 9

1. Les Parties contractantes recommandent aux entreprises de régler en premier lieu leurs différends par des solutions amiables d'un commun accord.

2. Dans le cadre de la législation en vigueur :

a) Les Parties contractantes favorisent le règlement par des tribunaux d'arbitrage des différends entre entreprises liés à des opérations commerciales et des activités de coopération ainsi qu'à la création d'entreprises en association et d'investissements des Parties contractantes;

b) Les Parties contractantes favorisent l'application des règles d'arbitrage élaborées par la Commission des Nations Unies pour l'arbitrage commercial international (CNUDCI) et la saisine d'un tribunal d'arbitrage de l'un des Etats signataires de la Convention signée en 1958 à New York pour la reconnaissance et l'exécution des sentences arbitrales étrangères¹.

Article 10

Les modifications du présent Accord ou l'expiration de sa validité n'ont aucun effet sur l'exécution des contrats conclus antérieurement entre les entreprises des deux Etats.

Article 11

1. Aux termes du présent Accord, il est créé une « Commission mixte » qui se réunit alternativement, à la demande de l'une des Parties contractantes, au moins une fois par an, en Autriche ou en République de Lettonie.

2. Les tâches de cette Commission mixte sont notamment les suivantes :

a) Examen de l'évolution des relations économiques extérieures bilatérales;

b) Ouverture de nouvelles possibilités et propositions d'encouragement et de coopération économique ultérieure;

c) Propositions en vue de l'amélioration des conditions de la coopération économique, industrielle, technique et technico-scientifique entre les entreprises des deux Etats.

¹ Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 330, p. 3.

Article 12

1. A la date d'entrée en vigueur de la participation de l'une ou des deux Parties contractantes à l'Espace économique européen (EEE) ou d'adhésion aux Communautés européennes (CEE) ou à une organisation lui faisant suite, dans la mesure où le droit qui en résulte est incompatible avec le présent Accord, les Parties contractantes ne sont pas liées par celui-ci.

2. Dans ce cas, les Parties contractantes déterminent conjointement quelles sont les dispositions du présent Accord qui continuent de s'appliquer.

Article 13

1. Les différends entre les Parties concernant l'application ou l'interprétation du présent Accord sont réglés dans le cadre de la Commission mixte visée à l'article 11 du présent Accord.

2. Les différends au sens du paragraphe 1 du présent article qui ne peuvent pas être réglés dans les six mois sont soumis à un tribunal d'arbitrage à la demande de l'une des deux Parties contractantes.

Article 14

1. Le présent Accord entrera en vigueur le premier jour du troisième mois qui suivra celui au cours duquel les Parties contractantes se seront notifiées que les conditions de leur droit interne pour l'entrée en vigueur du présent Accord sont remplies.

2. Le présent Accord est conclu pour une durée d'un an et est prorogé par reconduction tacite d'année en année à moins que l'une des deux Parties contractantes ne le dénonce par écrit, par la voie diplomatique, trois mois avant l'expiration de sa validité.

3. Le Traité de commerce et de navigation entre la République d'Autriche et la République de Lettonie du 9 août 1924 s'éteint à l'entrée en vigueur du présent Accord.

FAIT à Vienne, le 25 juin 1992, en deux exemplaires originaux, chacun en langues allemande et lettonne, les deux textes faisant également foi.

Pour la République
d'Autriche :

WOLFGANG SCHÜSSEL

Pour la République
de Lettonie :

EDGAR ZAUSAJEVS

